Krankenhäuser schwer enttäuscht von Bund-Länder-Beschluss

Hannover, 5.10.2022

Krankenhäuser schwer enttäuscht von Bund-Länder-Beschluss
Besondere Situation und akute Notlage der Krankenhäuser werden ausgeblendet

Der gestern von Bund und Ländern gemeinsam gefasste Beschluss zum weiteren Vorgehen in der Energiekrise sorgt bei der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG) für großes Unverständnis und bittere Enttäuschung. In einer ersten Reaktion auf die Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler zeigten sich die Krankenhäuser von den politisch Verantwortlichen im Stich gelassen.

„Der Beschluss von Bund und Ländern wird der akuten Notlage und der besonderen Situation der Krankenhäuser in keiner Weise gerecht. Die Krankenhäuser unter Verweis auf allgemeine Entlastungsmaßnahmen genauso zu behandeln wie andere Unternehmen und Branchen wird nicht funktionieren. Darauf haben wir vielfach hingewiesen“, betonte NKG-Verbandsdirektor Helge Engelke. „Vor dem Hintergrund des Krankenhausgipfels Ende August, der Aktion ‚Alarmstufe Rot‘ mit der Allianz für die Krankenhäuser Ende September und den übereinstimmenden Forderungen aller maßgeblichen Institutionen – zuletzt der Kommunalen Spitzenverbände am gestrigen Tag – macht die Ignoranz der Bundespolitik fassungslos“, bekräftigte Engelke.

Der angekündigte Gaspreisdeckel löst weder das allseits bekannte Problem der drastisch gestiegenen Betriebskosten der Krankenhäuser im Bereich der Energieversorgung noch bietet er eine Antwort auf steigende Preise bei Lebensmitteln, weiteren Gütern des täglichen Bedarfs oder Medizinprodukten. Für das aktuelle und das kommende Jahr 2023 sind konkrete Lösungen bei der Preisfindung notwendig. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen besteht für die Krankenhäuser bekanntermaßen keine Möglichkeit, Kostensteigerungen durch Preisanhebungen auszugleichen. Die zögerliche Haltung der politisch Verantwortlichen ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. „Es entsteht zunehmend der Eindruck, dass auf Kosten der Kliniken und ihrer Mitarbeitenden auf Zeit gespielt wird“, so Engelke.

Aus Niedersachsen muss daher schnellstens ein klares Signal kommen, dass die Krankenhäuser nicht im Regen stehen gelassen werden. In der Rolle Niedersachsens als aktuelles Vorsitzland der MPK sehen die Krankenhäuser sowohl eine große Chance als auch eine große Verantwortung, um zu tragfähigen Lösungen zu gelangen. „Eine weitere Hinhalte-Taktik des Bundes ist nicht akzeptabel“, so Engelke.

Weitere Informationen:

- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511 / 307 63 0)
- Piet Schucht, Pressesprecher der NKG (0511 / 307 63 19 oder Mobil: 0160 / 224 74 57)
  E-Mail: schucht@nkgev.de

Thielenplatz 3 - 30159 Hannover - www.nkgev.info

Pressemitteilung vom 5.10.2022 (Word-Format) (72,0 kB)

Pressemitteilung vom 5.10.2022 (PDF-Format) (125,8 kB)